

## Abonnementspreise

Basel und die Schweiz:  
 1 Monat Fr. 4.95  
 3 Monate Fr. 13.40  
 6 Monate Fr. 25.70  
 12 Monate Fr. 47.70  
 Unter persönlicher  
 Adresse Zuschlag

Ausland:  
 Sendungen unter per-  
 sönlicher Adresse mit  
 Portozuschlag

# Basler Nachrichten

Preis der Nummer 25 Cts.

Redaktion:  
 Dufourstrasse 40 - Telephon 22 08 66  
 Postcheck-Konto V 2400 (Basel)

mit Finanz- und Handelsblatt

Erscheint wöchentlich 11mal

Expedition:  
 Dufourstrasse 40 - Telephon 22 08 66  
 Postcheck-Konto V 2400 (Basel)

## Insertionspreise

Einspaltige Millimeter-  
 zelle oder deren Raum:  
 für das Inland 29 Cts.,  
 für das Ausland 47 Cts.,  
 Reklamen Fr. 1.45  
 Lokale Rubriken 23 Cts,  
 Wiederholungen 21 Cts.

Papierpreiszuschlag:  
 1,9 Cts. pro mm-Zelle  
 Reklamen 5 Cts.

Rabatt bei  
 grösseren Aufträgen

Datums- und  
 Placierungsvorschriften  
 sind unverbindlich

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Berichthaus AG., Dufourstrasse 40, Basel, Telephon 22 41 59 — Annoncen-Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Expedition AG., Freiestrasse 29, Basel, Tel. 22 29 29

## Russische Note über den Nahen Osten / Kadar kündigt Parlamentssession an

Diese Nummer enthält 4 Beilagen

Heute

Weekend-Seite:

**Vielseitiges Papier**  
**Sonntagsbeilage**

### Ostern

Wir machen unsere Abonnenten und Leser höflich darauf aufmerksam, dass als nächste Ausgabe das Dienstag-Morgenblatt erscheinen wird, das bereits am Ostermontag ab 18 Uhr im Strassenverkauf erhältlich ist. Allen Freunden unseres Blattes wünschen wir frohe und sonnige Ostertage.

### Tagesbericht

20. April

#### Kleiner Tour d'horizon

H. Auch wenn Präsident Eisenhower Aussenminister, Mr. John Foster Dulles, seinen angestrichelten Urlaub auf der Enteninsel im Ontariosee verlängern sollte, werden die Ostertage — unsichtbare Tücken der Geschichte immer vorbehalten — voraussichtlich nun doch einen friedlichen und politisch nicht sehr aufregenden Verlauf nehmen. Das darf man heute wohl sagen, ohne sich damit dem Vorwurf unvorsichtiger oder wichtigtuertischer Prophezeiung zuzuziehen.

### Kadar rehabilitiert die Geheimpolizei

Neue «Verschwörung» in der Provinz entdeckt

R. K. N. Wien, 19. April. (Privat.) Seitdem sich das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Ungarns «Nep Szabadsag» in einem ausführlichen Artikel grundsätzlich für die Rehabilitierung der gefürchteten und verhassten Geheimpolizei (AVO) eingesetzt hat, wird die offizielle Propaganda nicht müde, deren hohe Verdienste um die Sicherung des «sozialistischen Aufbaues» zu unterstreichen. Die Zeit sei gekommen, die Schande abzuwaschen, die von der Konterrevolution der Geheimpolizei angehan worden sei. Diese Gegenrevolution müsse, so erklärte Aussenminister Imre Horvath, völlig liquidiert und

die Diktatur des Proletariats durch die Geheimpolizei, die harte Faust der Arbeiterschaft, gesichert werden.

Tatsächlich schreitet der Ausbau der AVO-Organisation ständig fort. Die neugegründeten Arbeitermilizen werden in die Kader der Geheimpolizei übergeführt, ihre Zahl wird auf etwa 40 000 geschätzt, sie stehen unter dem unmittelbaren Kommando des Innenministers Münich, werden auf die einzelnen Industriebetriebe verteilt, von ihnen in den Lohnlisten geführt, haben aber nur den «Schutz» der Fabriken, in Wirklichkeit also Spitzeldienste zu leisten.

Das in Miskolc erscheinende KP-Organ «Eszekmagyaroszag» weiss zu berichten,

dass die Geheimpolizei einen geplanten Aufstand in den Kohlengruben im letzten Augenblick verhindert habe.

Eine «konterrevolutionäre Gruppe» hätte grössere Mengen von Waffen und Sprengstoff besessen, Partisanenuniformen vorbereitet und Funkgeräte bereitgestellt, um zu gegebenem Zeitpunkt loszuschlagen. Der Arbeiterrat der Kohlengruben von Ormosbanya hätte zugesagt, im Ernstfall die ganze Belegschaft den Aufständischen zuzuführen.

Es erweckt den Eindruck, dass mit solchen Berichten Stimmung für die «Helden der AVO» gemacht werden soll, und auch die Redner an den politischen Versammlungen fordern schärfstes Durchgreifen der Geheimpolizei gegen jeden Widerstand. An einer

Während das Rote Kreuz seine Liebestätigkeit mit allen Mitteln fortsetzt, lagern und verderben hochwertige Lebensmittel in den Lagerhäusern der Post.

Dass sich das Regime nur um jene kleine Gruppe seiner Anhänger kümmert, die bereit sind, seiner Macht zu dienen, beweist die Tatsache, dass das neue Volkserziehungsministerium den Brauch der Rakosizeit übernommen und rund 60 bewährten kommunistischen Schriftstellern den sogenannten «Elite-Status» zugebilligt hat. Er beinhaltet neben besonderen Verpflegssätzen ein monatliches Staatshonorar, das sich in der Höhe von 6000 bis 10 000 Forint bewegen soll.

#### Parlamentssession angekündigt

Paris, 19. April. Ag. (AFP) Laut Radio Budapest hat der ungarische Ministerpräsident Janos Kadar an einer dreistündigen Unterredung mit ausländischen Pressevertretern erklärt: «Die ungarische Nationalversammlung wird in der kommenden Woche zusammentreten und im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Problemen Ungarns wichtige Beschlüsse fassen.» Weiter sagte Kadar: «Ohne Intervention der sowjetischen Truppen wäre es an drei Grenzen Ungarns zum Kriege gekommen. Die Gegenrevolutionäre zielten nicht nur auf den Sturz des Regimes ab. Ihr Sieg hätte das Land in einen Krieg hineingezogen, denn sie sind Anhänger einer Revanchepolitik, und es ist Tatsache, dass wir von Gebieten umgeben sind, die Ungarn gehörten. Natürlich hätte ein solcher Krieg die internationalen Kanonenhändler erfreut, aber wir wollten nicht, dass ihnen das ungarische Volk als Meerschweinchen dient.»

Auf die Frage eines indischen Journalisten über die Durchführung freier Wahlen in Ungarn antwortete der Ministerpräsident: «Wenn die Kommunisten mit ihrer ganzen Kraft in den Wahlkampf ziehen, werden sie daraus siegreich hervorgehen. Aber gegenwärtig müssen wir alle unsere Kräfte aufbieten, um die ersten wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen.» Im übrigen stehe die Frage freier Wahlen auf der Tagesordnung der bevorstehenden Parlamentssession.

#### 40 junge Ungaren dürfen auswandern

Wien, 19. April. Ag. (AFP) Vierzig ungarische Flüchtlinge im Alter von 14 bis 19 Jahren, die sich

### Botschafter des Westens empfangen von Gromyko eine Note

Moskau, 19. April. Ag. (AFP) Der sowjetische Aussenminister Andrej Gromyko empfing am Freitagnachmittag den französischen Botschafter in Moskau, Maurice Dejean, dem er eine Note überreichte. Man glaubt zu wissen, dass die russische Note den Nahen und Mittleren Orient betrifft.

(Reuter) Der sowjetische Aussenminister Andrej Gromyko überreichte am Freitag dem britischen Botschafter und dem amerikanischen Geschäftsträger in Moskau eine neue Note über den Nahen Osten.

### Präsident Cotys bevorstehende Staatsvisite in Rom

Paris, 19. April. Ag. (AFP) Präsident René Coty wird Italien vom 8. bis 14. Mai einen offiziellen Staatsbesuch abstatten. Er wird in Rom bei seiner Ankunft vom italienischen Staatschef Gronchi empfangen werden. Am 13. Mai wird Präsident Coty den Quirinalpalast verlassen, um sich in die Villa Bonaparte, den Sitz der französischen Botschaft beim Heiligen Stuhl, zu begeben. Coty wird in der Vatikanstadt von Papst Pius XII. sowie vom Grossmeister und den Würdenträgern des Ordens der Malteser Ritter empfangen.

#### Italienische Fischkutter beschlagnahmt

Ancona, 19. April. (Ansa) Zwei italienische Fischkutter aus Ancona sind von jugoslawischen Küstenwachbooten beschlagnahmt und nach Zara gebracht worden. Den Italienern wurde vorgeworfen, dass sie neun Meilen von der Küste entfernt in jugoslawischen Gewässern fischten, während die italienischen Fischer behaupten, dass sie 17 Meilen von der Küste entfernt waren. Für die Freigabe der beiden Kutter forderten die Jugoslawen je 150 000 Lire Geldstrafe sowie je ein Fischnetz.

### Budgeteinsparungen in Frankreich «gefunden»

Paris, 19. April. Ag. (AFP) Ein Sprecher der französischen Regierung gab am Freitagabend nach der Sitzung des Kabinetts bekannt, die Budgeteinsparungen in der Höhe von 250 Millionen Franc

## Kleiner Tour d'horizon

hovers Aussenminister, Mr. John Foster Dulles, seinen angelsportlichen Urlaub auf der Enteninsel im Ontariosee verlängern sollte, werden die Ostertage — unsichtbare Fäden der Geschichte immer vorbehalten — voraussichtlich nun doch einen friedlichen und politisch nicht sehr aufregenden Verlauf nehmen. Das darf man heute wohl sagen, ohne sich damit dem Vorwurf unvorsichtiger oder wichtigtuerischer Prophezeiung zuzuziehen.

Verheerende politische Eruptionen, die man über das vergangene Wochenende mitten im Herzen des arabischen Raumes, nämlich in Jordanien, befürchten musste, sind glücklicherweise ausgeblieben. Der 23jährige König Hussein ist für einmal mit seinen Feinden fertig geworden. Für einmal wenigstens. Die erste Runde hat er mit Erfolg bestanden. Die nächste Runde wird kaum so rasch nachfolgen, nachdem jetzt Präsident Eisenhower verkündet hat, die Amerikaner würden bei einem Angriff auf Jordanien, sei es von seiten des internationalen Kommunismus, sei es auch von seiten Israels, dem bedrohten Lande Beistand leisten. Die Eisenhower-Doktrin soll also zur Anwendung kommen, wenn Jordanien um Hilfe ersucht. Weder die «bösen» Nachbarn im Norden, Süden oder Westen des Haschemitenreiches, noch die mächtigsten heimischen Feinde des Königs werden diese Warnung leichtsinnig in den Wind schlagen. Aeusserungen über Laune in Damaskus und Kairo deuten darauf hin, dass der Haschemitentron in Amman, wenigstens in der allernächsten Zukunft, weniger wackeln wird als in den letzten Tagen und Wochen. Auch die hohen sowjetischen Protektoren der radikalen arabischen Nationalisten werden ihre Schützlinge vorerst kaum zu neuen Abenteuern aufmuntern. Die Machthaber im Kreml würden damit ja die eigene, erkennbare Absicht, den Westen abermals in eine Art Koexistenz-Schlummer einzulullen, durchkreuzen.

Es besteht also heute weniger Anlass zur Sorge, die Abwesenheit Staatssekretär John Foster Dulles' vom Staatsdepartement könnte eine peinliche Ueberraschung für den Westen beschieren, ähnlich wie etwa der Coup Präsident Nassers gegen den Suezkanal an jenem Juli-Wochenende 1956. In jenen Tagen glänzte Amerikas Aussenminister durch Abwesenheit von Washington. Er wollte gerade auf einer Reise durch seine mittelamerikanischen Bananen-Republiken, nachdem er zuvor abrupt die amerikanische Offerte an die Aegypter zur Finanzhilfe für den Bau des Assuan-Staudammes zurückgezogen hatte...

Nein, österliche Bescherungen, wie man sie gelegentlich in der Vorkriegszeit erlebte, müssen heute wohl nicht unbedingt eintreten. Etwa wie jener Karfreitag 1939, als Mussolini Albanien überfiel und König Zogu I. aus dem Lande der Skipetaren vertrieb. Soweit unser bescheidener Tour d'horizon reicht, ist zur Stunde nirgends mehr als ein Wellengekräusel zu entdecken. Auch die wilden Wogen, welche das Manifest der deutschen Atomforscher, die sogenannte «Göttinger Erklärung», die den Verzicht der Westdeutschen auf atomare Waffen verlangt, aufgepeitscht hatte, sind in der Aussprache Bundeskanzler Adenauers mit den Professoren der deutschen Atomwissenschaft wieder so weit geglättet worden, dass unseren nördlichen Nachbarn die Osterfreude nicht vergällt wird. So lauter und menschlich sympathisch die Motive sein mögen, von denen die Verfasser und Unterzeichner der Göttinger Erklärung sich leiten liessen, so ist diese doch ein wenig beruhigendes Zeugnis politischer Ahnungslosigkeit. Zeitpunkt und Form dieser Warnung vor den Schrecken des Atomkrieges hätten nicht leicht unglücklicher gewählt werden können. Zudem richtete sich dieser Appell, wie Bundesminister Strauss wohl

Eine «konterrevolutionäre Gruppe» hätte grössere Mengen von Waffen und Sprengstoff besessen, Partisanenuniformen vorbereitet und Funkgeräte bereitgestellt, um zu gegebenem Zeitpunkt loszuschlagen. Der Arbeiterrat der Kohlengruben von Ormosbanya hätte zugesagt, im Ernstfall die ganze Belegschaft den Aufständischen zuzuführen.

Es erweckt den Eindruck, dass mit solchen Berichten Stimmung für die «Helden der AVO» gemacht werden soll, und auch die Redner an den politischen Versammlungen fordern schärfstes Durchgreifen der Geheimpolizei gegen jeden Widerstand. An einer Kundgebung der neuen Jugendorganisation DISZ verlangte der Sekretär des Zentralkomitees, Karoly Kiss, dass alle Ungarn, die sich gegen die Partei erhoben haben, aus ihren Stellungen und Aemtern entfernt werden. Auch die Arbeiterräte müssten von «konterrevolutionären Elementen» gründlichst gesäubert werden.

Nach einer Mitteilung der Postdirektion lagern allein in Budapest 55000 Liebesgabenpakete aus dem Ausland und können wegen Personalmangel nur nach und nach verteilt werden. Obschon täglich weitere 2000 Geschenksendungen aus dem Westen eintreffen, können höchstens 2000 im Tag ausgetragen werden, es ist also nicht abzusehen, wann der Rückstand aufgearbeitet sein wird. Diese Nachricht hat in der Hauptstadt grosse Erregung ausgelöst. Denn seit Monaten warten tausende Ungarn in bitterster Notlage auf die ihnen von ihren westlichen Freunden avisierten Sendungen.

## Am Donnerstagnachmittag nahmen die französischen Staatsbahnen den Verkehr wieder auf

Paris, 19. April. Ag. (AFP) Nach dem 48stündigen Verkehrsstreik hat Paris wieder sein gewöhnliches Aussehen erlangt. Bereits seit Donnerstag nachmittag nahmen die französischen Staatsbahnen den Verkehr wieder auf.

Am Freitagmorgen verkehrten die Metro und die Autobusse in Paris normal.

Zwischen 6 Uhr und 9 Uhr morgens streikten noch die Taxichauffeure. Zahlreiche Chauffeure folgten jedoch nicht den Parolen ihrer Gewerkschaftsführer, und die Bevölkerung merkte wenig von diesem fast nur symbolischen Streik. Die am Mittwoch und Gründonnerstag zwangsweise unterbrochenen

Osterreisen erfolgten am Karfreitag wieder im üblichen Rahmen.

Mehr als 100 Extrazüge verlassen Paris im Laufe des

nicht mit Unrecht sagte, eigentlich an die «falsche Adresse». Die richtige Adresse, der kommunistische Osten (inklusive deutscher Sowjetzone) freut sich diebisch darüber, dass die deutschen Professoren der Bonner Regierung ausgerechnet im Wahljahr einen solchen Knebel zwischen die Beine schleuderten. Der kommunistische Stadtrat von Magdeburg in der Sowjetzone hat denn auch dem Göttinger Professor Otto Hahn «in Würdigung seiner Verdienste um den Frieden» die Ehrenbürgerschaft verliehen... Die Urheber der Erklärung gegen die Atomwaffen bekennen sich darin ausdrücklich «zur Freiheit», wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Glauben die deutschen Atomwissenschaftler wirklich, dass ein einseitig sich selbst entwaffnendes freies Deutschland sich lange seiner Freiheit erfreuen würde?

Der allgemeine Eisenbahnerstreik, den die französischen Gewerkschaften aller Couleurs, angeführt von der sozialistischen «Force ouvrière», ausgerechnet auf die grossen Reisetage vor Ostern hin dekretierten, nachdem das sozialistische Kabinett Mollet eine mehr als zweieinhalbprozentige Lohnaufbesserung verweigert hatte, ist, abgesehen von einigen kommunistisch «gesteuerten» Exzessen, im allgemeinen glimpflich vorübergegan-

gen. Der Regierung an sich konnte er nicht viel anhaben. Denjenigen Franzosen, die auf das Auto auswichen, ebenso wenig. Lästig war er vor allem für die kleinen Leute. Er verzögerte oder verhinderte, wie die offiziöse «Agence France Presse» selbst bemerkt, die «Abfahrt der Züge für Kinder minderbemittelter Eltern aufs Land hinaus». Die Kosten aber des Streikes werden, wenn sie auch Frankreichs Wirtschaft nicht umwerfen, dem sozialistischen Finanzminister Ramadier nicht viel Freude bereiten. Dem Austerit-Plan Guy Mollets, der 250 Milliarden am neuen Budget einsparen möchte, gleichzeitig aber auch nicht um zusätzliche Steuern herumkommen wird, wird dieser Streik auch nicht bekömmlich sein. (Wir weisen hier auf den heutigen Leitartikel im Handelsteil «Krankes Frankreich».) Der Ministerrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung noch zu keinen klaren Entscheidungen durchzuringen vermocht. Manche Leute wollen darin, dass es dem Kabinett Mollet, dem doch verschiedene alte Gewerkschaftler angehören, nicht gelungen ist, die Lohnbewegungen aufzufangen, ein Anzeichen mehr dafür erkennen, dass die Regierung eben wirklich «verbraucht» sei. Aber da die Nationalversammlung zurzeit in den Ferien weilt, kann ihr, über Ostern wenigstens, nichts passieren.

### 40 junge Ungarn dürfen auswandern

Wien, 19. April. Ag. (AFP) Vierzig ungarische Flüchtlinge im Alter von 14 bis 18 Jahren, die sich gegenwärtig in einem Auffanglager in Wels (Oberösterreich) befinden, haben am Freitag beglaubigte Schreiben ihrer in Ungarn lebenden Eltern erhalten, worin ihnen erlaubt wird, auszuwandern. Die jungen Leute möchten sich nach Kanada oder nach den Vereinigten Staaten begeben. Es ist dies das erstmalig, dass minderjährige Flüchtlinge derartige Ermächtigungen erhalten. Bisher hatten die ungarischen Behörden verlangt, dass die Kinder, die das Land ohne ihre Eltern verliessen, wieder heimgeschafft werden.

### Todesurteil in Budapest vollstreckt

Wien, 20. April. Ag. (Reuter) Wie Radio Budapest meldet, ist am Karfreitag der ungarische Arbeiter Istvan Micsinai von einem Budapester Volksgericht wegen «Beteiligung an der Ermordung eines alten Kommunisten» zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet worden.

Auf die Frage eines indischen Journalisten über die Durchführung freier Wahlen in Ungarn antwortete der Ministerpräsident: «Wenn die Kommunisten mit ihrer ganzen Kraft in den Wahlkampf ziehen, werden sie daraus siegreich hervorgehen. Aber gegenwärtig müssen wir alle unsere Kräfte aufbieten, um die ersten wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen.» Im übrigen stehe die Frage freier Wahlen auf der Tagesordnung der bevorstehenden Parlamentssession.

## Budgeteinsparungen in Frankreich «gefunden»

Paris, 19. April. Ag. (AFP) Ein Sprecher der französischen Regierung gab am Freitagabend nach der Sitzung des Kabinetts bekannt, die Budgeteinsparungen in der Höhe von 250 Milliarden Francs, die die Regierung vorzunehmen wünschte (vgl. den Tagesbericht), seien «gefunden» worden. Es gehe darum, dieses Sparprogramm noch in der restlichen Periode des Rechnungsjahres 1957 zu verwirklichen.

## Lohnforderungen der britischen Aerzte

London, 18. April. Ag. (Reuter) Die Führer von 21 000 britischen Aerzten haben am Donnerstag ihren Beschluss bekräftigt, trotz der Lohnofferte der Regierung den Rückzug aus dem nationalen Gesundheitsdienst zu empfehlen. Der Vorstand des britischen Aerztesverbandes hatte eine 24prozentige Lohnerhöhung verlangt, während die Regierung den jüngeren Spitalärzten eine zehnprozentige und den Aerzten mit allgemeiner Praxis eine fünfprozentige Lohnerhöhung anbot.

Auch die Eisenbahner der französischen Provinzstädte haben in der Nacht auf den Karfreitag um Mitternacht die Arbeit wieder aufgenommen. Berichten aus Bordeaux, Clermont-Ferrand, Montluçon, Calais, Marseille, Rennes, Lyon und Grenoble zufolge ist der Eisenbahnverkehr dort wieder normal.

## Auch die «Air France» fliegt wieder

Paris, 19. April. Ag. (AFP) Der Verkehr der «Air France», der während eines 24stündigen Streiks des Bodenpersonals teilweise unterbrochen worden war, wurde am Freitagmorgen, um 7 Uhr, wieder normal aufgenommen.

## Kundgebung der Kommunisten

Paris, 18. April. Ag. (AFP) Bei Protestkundgebungen vor dem Bau- und Transportministerium am Boulevard St. Germain, welche die kommunistisch organisierten Transportangestellten von Paris am Donnerstagnachmittag veranstalteten, kam es zu heftigen Zwischenfällen. Die um 15 Uhr mit Spruchbändern, auf denen stand «Unsere Löhne, unsere 40 Stunden, unsere 5000 Francs» eintreffenden 300 Manifestanten erhielten bald Zuzug von weiteren Streikgruppen, gefolgt von mit Schutt beladenen Lastwagen. Nachdem sie zuerst vom Ordnungsdienst zurückgedrängt werden konnten, gelang ihnen dennoch wieder ein Ansturm auf das Ministerium, so dass mit Wasserstrahlen vorgegangen werden musste. Die Streikenden antworteten aber darauf damit, dass sie Steine warfen und Schutt schleuderten. Auch auf einer benachbarten Baustelle geholt Metallkübel wurden auf die Ordnungskräfte geworfen. Trotz dem Einsatz von Wasserstrahlen warfen die Manifestanten weiterhin Gegenstände auf die Hüter der öffentlichen Ordnung, welche bald Verstärkung durch Polizisten und Feuerwehrleute erhielten. Mit Tränengas konnten die Teilnehmer an dieser Kundgebung schliesslich zum Rückzug veranlasst werden. Vorher hatten sie aber noch ein Feuerwehrauto umgestürzt. Trotz mehreren Versuchen, einen neuen Ansturm vorzunehmen, blieb der Erfolg aus, so dass die Volksansammlung um 16.45 Uhr praktisch aufgelöst wurde.

## Bombenanschlag in Marokko

Meunes (Marokko), 19. April. Ag. (Reuter) In Meunes wurden am Freitag ein algerischer Chemiker und seine 60jährige Mutter durch eine Bombe, die sich in einem Postpaket befand, getötet und sein Vater sowie zwei seiner Kinder schwer verletzt. Die Polizei erklärte, es handle sich um einen Vergeltungsakt der «Nationalen Befreiungsfront», da sich der Chemiker geweigert hatte, an die FLN Beiträge zu bezahlen.